Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

6. Jhg. Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet Nr.
Unsere 3. Ausgabe

Die Redaktion des

Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

wünscht allen Lesern

ein frohes Weihnachtsfest

Die Menschheit wird sich zu Tode rüsten, wenn es nicht gelingt, den Rüstungswettlauf zwischen Ost und West und die Aufrüstung der Dritten Welt zu stoppen.

SPD

FROHE WEIHNACHTEN

Frohe Weihnacht
und viel Erfolg
im Neuen Jahr

Arbeiterwohlfahrt
Ortsverband Gettorf und Umgebung

Lieber guter Weihnachtsmann,
Sieh mich nicht so böse an,
Stecke deine Rute ein,
Ich will auch immer artig sein.

Kauft kein Kriegsspielzeug

Weihnachten

Markt und Straßen stehn verlassen,
Still erleuchtet jedes Haus,
Sinnend geh' ich durch die Gassen,
Alles sieht so festlich aus.

An den Fenstern haben Frauen
Buntes Spielzeug fromm geschmückt,
Tausend Kindlein stehn und schauen,
Sind so wunderstill beglückt.

Und ich wandre aus den Mauern
Bis hinaus ins freie Feld,
Hehres Glänzen, heil'ges Schauern!
Wie so weit und still die Welt!

Sterne hoch die Kreise schlingen,
Aus des Schnees Einsamkeit
Steigt's wie wunderbares Singen –
O du gnadenreiche Zeit!

Joseph von Eichendorff

Ihnen und Ihren Familien
frohe,
gesegnete Weihnachtstage
und ein
glückliches Neues Jahr

Wulf-Dieter Stark-Wulf
Kreistagsabgeordneter

Ich zweifle, ob wir so zum Frieden mit uns selbst kommen. Ich meine vielmehr, Weihnachten, das Fest der Liebe, weist uns den richtigen Weg, den Weg zum Nächsten, zum Mitmenschen.

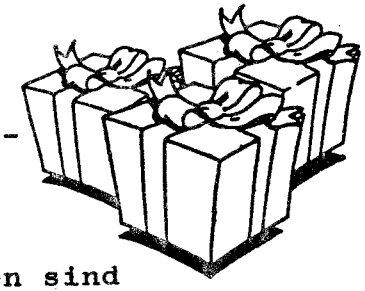
Ich möchte Sie bitten, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, an jene zu denken, die Ihre Hilfe benötigen.

Sehen Sie sich einmal in Ihrer Nachbarschaft um. Gibt es da einen alten Menschen, der Sie braucht? Können Sie einem Behinderten helfen? Kennen Sie einen Einsamen, einen Trauernden, einen Entmutigten, dem Sie beistehen können? Wissen Sie, daß es auch heute, an Weihnachten, Kinder gibt, die allein sind? Haben Sie schon einmal daran gedacht, daß Sie einen Menschen in diesen Tagen in Ihren Kreis, in Ihre Wohnung, in Ihre Familie aufnehmen können?

Bundespräsident KARL CARSTENS
aus der Weihnachtsansprache *(24./25. Dezember 1980)*

Weihnachten, das Fest der Freude, steht wieder einmal vor der Tür.

Weihnachtszeit, stille Zeit?



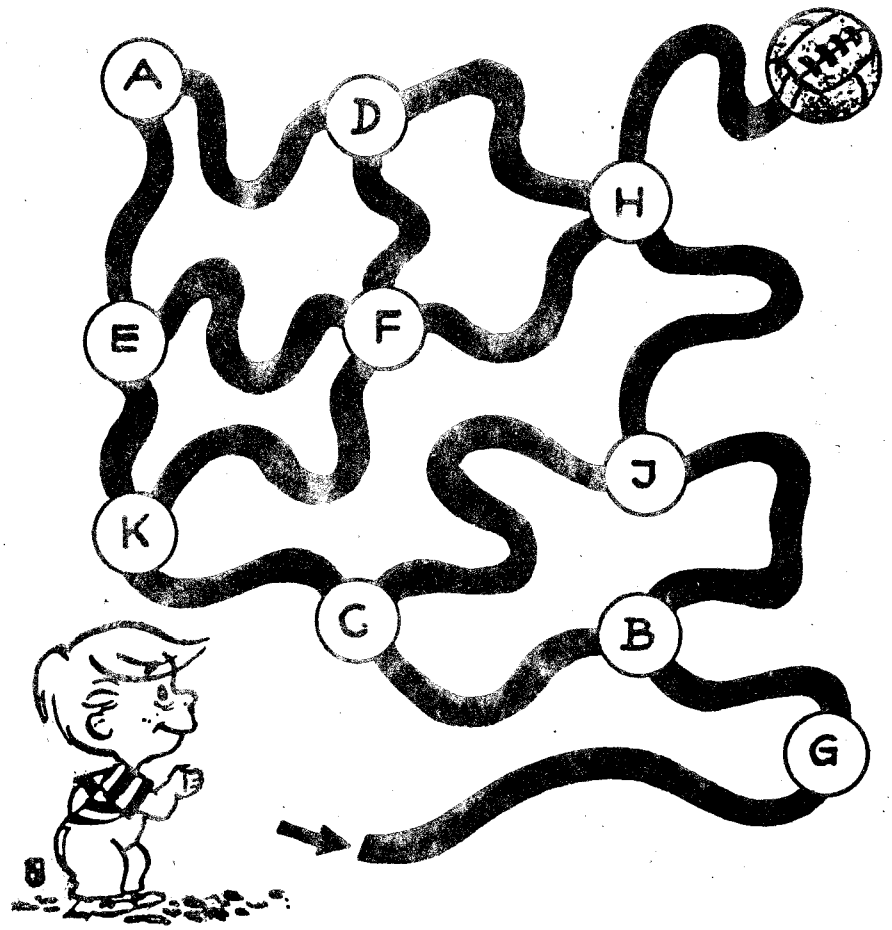
Wieder einmal ist es soweit. Das Jahr 1983 geht seinem Ende entgegen. In wenigen Tagen ist Weihnachten.
Die letzten Besorgungen sind zu machen (Falls Sie noch Kinderspielzeug kaufen wollen: bei der "Basisgemeinde" in Wulfshagenerhütten - ehemaliges Kinderheim - gibt es wirlich [illegible]es Holzspielzeug). Der Trubel geht seinem Ende entgegen.

Gönnen Sie sich in der Zeit "zwischen den Tagen" ein wenig Ruhe - sofern Sie Urlaub nehmen konnten. Suchen Sie die Kraft in Ihrer Familie.
Auch das nächste Jahr wird Sie wieder voll fordern - geistig, physisch und seelisch. Zwar glaubt jeder, die Zeiten seien "härter" geworden. Bislang sind in jeder Epoche die Menschen mit den Anforderungen ihrer Zeit fertig geworden.

KINDER-ECKE

FRITZ IN NÖTEN

Um zu seinem Fußball zu kommen, soll Fritz über jeden Buchstaben gehen. Aber keins der Buchstabenfelder darf er zweimal betreten. Wie macht er das bloß, Freunde?



AUFLÖSUNG:
Der richtige Weg für Fritz ist G · B · J · C · K · F · E · A · D · H.

Im deutschen Interesse.
SPD

PLAKATE VON STAECK
Bitte fordern Sie unser kostenloses Gesamtverzeichnis, den »Staeckbrief«, an!
Steidl Verlag, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen

Bürgermeister Storll stolperte über die ihm von der Gemeindevertretung verweigerten Entlastungen. In der Tat scheint das gemeinsame Verwaltungsgebäude in Gettorf (für Gemeindeverwaltung Gettorf und Amtsverwaltung Dänischer Wohld) kein guter Boden für finanzielle Transaktionen zu sein.

Weitere Reaktionen auf die Unterschlagung beim Amt

Im Amtsbereich

Vertreter der SPD-Fraktionen und der SPD-Ortsvereine aus dem Amtsbereich Dänischer Wohld trafen sich Ende Oktober. Einer der Beratungspunkte war auch die Unterschlagung beim Amt.
Allgemein wurde vertreten, daß der Eindruck entstanden sei, die Angelegenheit sei ziemlich schnell "unter den Teppich gekehrt" worden; Informationen seien nur spärlich geflossen. Von allen Seiten sei nur mit beängstigender Geschwindigkeit erklärt worden, daß den jeweils Erklärenden keine Schuld träfe; man habe gewissenhaft gearbeitet.
Es müsse mehr Aufklärungsarbeit erfolgen - so die einhellige Meinung. Für die Schlußfolgerung, "personelle Konsequenzen" zu fordern, läge - zumindest derzeit - nicht ausreichend Material vor.

Überblick verschaffen

"Wiederholt angesprochen durch Bürger der Gemeinde Neuwittenbek mußte sich unsere Fraktion erneut mit den - insbesondere finanziellen - Folgen der Unterschlagung beim Amt Dänischer Wohld befassen" - so beginnt ein Schreiben der Neuwittenbeker SPD-Fraktion an den Amtsvorsteher, datiert unter dem 1. November. Die Fraktion erbittet die Überlassung der Berichte über die vom Kreis durchgeführten Kassenprüfungen.
"Wir möchten uns nunmehr ein eigenes Bild verschaffen", heißt es weiter in diesem Brief. "Uns wie auch viele Bürger unserer Gemeinde", so stellt die SPD-Fraktion fest, "hat irritiert, daß die Antwort des Bürgermeisters auf die diese Thematik (die Unterschlagung d. Red.) betreffende Anfrage der Gemeindevertreterin Matte vom leitenden Verwaltungsbeamten ... als teilweise 'falsche und unvollständige' Ausführungen kommentiert wurde".

die Wochenzeitung für Schleswig-Holstein
Kieler Rundschau

Ähnliche Anläufe, die Prüfungsberichte zu erhalten, waren bereits zuvor aus den Gemeinden Felm und Neudorf-Bornstein unternommen worden. In beiden Fällen hatte der Amtsvorsteher die Überlassung der Berichte verweigert.
Es muß sich hierbei wohl um eine absolute Geheimsache handeln.

Die Antwort fiel schon erwartungsgemäß aus. Der Amtsvorsteher teilte mit, "daß die genannten Prüfungsberichte nicht übersandt werden können". Dies erfolge "im Interesse der Gleichbehandlung"; entsprechende Beschlüsse hätten die beteiligten Rechnungsprüfungsausschüsse gefaßt.

Der Amtsvorsteher

"Ich stelle mich vor den leitenden Verwaltungsbeamten Hans Hansen", stellte Amtsvorsteher Martens auf ner Osdorfer Gemeinderatssitzung fest. Damit wollte er Bestrebungen entgegentreten, die 'Köpfe rollen sehen wollen'; Hansen sei ein fähiger Kopf. In Sachen Unterschlagung liege keine Dienstpflichtverletzung Hansens vor.

Auf der Sitzung des Amtsausschusses forderte Martens sodann zur Diskusionsruhe in der Unterschlagungsaffäre auf; dabei hatte gerade Martens erst wieder den Anlaß für die erneute Diskussion im Amtsausschuß geschaffen. Er hatte bei der Datenzentrale angefragt, ob in der dortigen Hausdrukkerei der 'Osdörper Spökenkieker' gedruckt würde. Dabei muß man wissen (wir berichteten), daß der Spökenkieker in seiner letzten Ausgabe "Aufklärungsarbeit" in Sachen Unterschlagung betrieben hatte.

Einschränkung der Lernmittelfreiheit

Neuwittenbeks Absicht begrüßt

Aus einer Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion

Die Absicht der Gemeinde Neuwittenbek, die Eltern nicht an den Kosten für die Beschaffung von Lernmitteln zu beteiligen, wird von der SPD-Kreistagsfraktion nachdrücklich begrüßt. Das erklärte der Kreistagsabgeordnete Stark-Wulf.

Die SPD sieht in der Einführung der Elternbeteiligung an den Lernmittelkosten - in der Regel sind es Schulbücher - einen schlimmen bildungspolitischen Rückschritt. Die Regelung des Landesgesetzgebers, daß Eltern mit geringem Einkommen von den Zahlungen auf Antrag befreit werden können, erinnert an Regelungen der Armenpflege aus dem 19.Jahrhundert. Hier wird eine neue Bürokratisierung erreicht, die finanziell unter dem Strich nichts oder nur wenig an Einsparungen für die Gemeinden erbringt.

Viele Eltern werden durch diese weitere Belastung es sich nicht mehr erlauben können, ihre Kinder länger zur weiterführenden Schule zu schicken.

Die SPD-Kreistagsfraktion hofft, daß sich weitere Gemeinden der Haltung der Gemeinde Neuwittenbek anschließen.

Kurz notiert

Fotowettbewerb

Noch wenige Tage, dann läuft die Frist endgültig ab. Noch bis zum 31.12. können Fotos (mindestens 10 x 10 cm) bei Peter Malmström, Bölskamp 16 abgegeben werden. Bereits vor einem Jahr hatte die ört-

Neuwittenbeker Motiv

liche CDU diesen Fotowettbewerb zum Thema "Wie sehe ich Neuwittenbek und seine Umgebung" ausgeschrieben.

Notizen aus Neuwittenbek

Feierstunde zum Volkstrauertag

Kurz zuvor war der erste Schnee in diesem Jahr gefallen. Während der Veranstaltung blieb es trocken.
Die örtlichen Vereine richteten unter Federführung des Vereines für Denkmalspflege die Feierstunde zum Volkstrauertag aus. Die musikalische Unterstützung kam vom Bläserkreis aus Schinkel. Pastor de Jager fand in seiner Ansprache aktuelle Bezüge zur Nachrüstungsfrage.

G e e h r t

Nicola Malmström, Neuwittenbekerin, Deutsche Jugendmeisterin über 1000 m, 1500 m und 5000 m im Rollschnellauf wurde mit der Jugendsportplakette des Landes Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Die Ehrung nahm der Parlamentarische Staatssekretär für Jugend und Sport vor.

16.11. BASAR

Fast wie beim Winterschlußverkauf war der Andrang zum Weihnachtsbasar des Neuwittenbeker DRK-Ortsvereins. Guter Tradition folgend wurde auch in diesem Jahr wieder eine solche Veran-

ndg Impressum

Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

Jahrgang 6 Ausgabe 7/83

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek
verantwortlicher Chefredakteur:
Volker Weber
Bölskamp
2303 Neuwittenbek

Druck: Eigendruck
Auflage: 400

Artikel, die mit Namen oder Signum des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion dar. Diese behält sich weiterhin vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können nicht abgedruckt werden.

staltung angeboten. Die Zahl der Kauf- (und Seh-)interessierten rechtfertigt auf jeden Fall das Angebot.
Die Erlöse wird das DRK gemeinnützigen Zwecken zuführen.

"... und es werde Licht!"

In Neuwittenbek wird's noch heller. Zwei neue Straßenleuchten ließ die Gemeinde aufstellen. Eine neue Bogenleuchte befindet sich jetzt an der L 46 neben der Einfahrt zum Charlottenhof. Eine Pilzleuchte wurde am Verbindungsweg zwischen Dorfstraße und Schule (neben der Tennisanlage) errichtet; diese soll in erster Linie den morgendlichen Weg der Schüler ausleuchten.
Schwierigkeiten gibt es allerdings immer dann, wenn eine Straßenleuchte ausgefallen ist. Es dauert einfach zu lange, bis jene Lampe wieder repariert wird.

B l e c h s c h a d e n

Wie auch im vergangenen Jahr führte die Neuwittenbeker Laienspielgruppe (nach wie vor unter Leitung von Karl Kruse) ein niederdeutsches Stück auf, den Dreiakter "Blickschoden". Alle vier Vorstellungen waren restlos ausverkauft. Es wären sicherlich noch weitere Aufführungen angeboten worden, wenn nicht einer der Darsteller (Wilhelm Radbruch, der jugendliche Liebhaber) sich zu einer Operation ins Krankenhaus hätte begeben müssen.

Vertragen statt rüsten

SPD

Baubude oder
Jugendfreizeitheim

Der Gemeinde war es - wir berichteten - gelungen, von der Stadt Kiel eine Baubude zu erwerben. 4.100 DM mußte die Gemeinde hierfür zahlen. Voraussetzung für den Erwerb war allerdings, daß das Gebäude innerhalb kürzester Zeit am bisherigen Standort in Gaarden abgebaut werden mußte. Dies ist mittlerweile geschehen.
Zunächst hatte vor Ort eine Besprechung stattgefunden. Daran hatte auch ein Vertreter einer Gettorfer Tiefbauffirma teilgenommen; er erteilte den notwendigen, fachmännischen Rat. Diese Firma hat sodann auch beim Abbau mit ihrem Gerät zur Verfügung gestanden - zu einem günstigen Preis war zu erfahren.
Entscheidend beim Abbau war aber auch, daß eine Vielzahl von Mitbürgern sich freiwillig an den Arbeiten beteiligte - auch Jugendliche. Bei der Gemeinderatssitzung bedankte sich Bürgermeister Habeck hierfür noch gesondert.

Aus dem Gemeinderat

Sitzung am 15. Dezember 1983

Der Bürgermeister begrüßte die Gemeindevertreter (und die Zuhörer) zur letzten Sitzung der Vertretung (nicht nur in diesem Jahr!). Wegen des Gebietsänderungsvertrages (Umgemeindung Altwittenbeks) hat der Innenminister die Gemeindevertretung mit Wirkung vom 1.1. 1984 aufgelöst.

Trotz
der zahlreich erschienenen Zuhörer wurden im Rahmen der Bürgerfragestunde keine Fragen gestellt.

Der Bürgermeister
erläuterte in seinem Bericht, daß das Kiesabbauvorhaben Warleberger Mühle nunmehr ausgebeutet sei. Neuwittenbek wurde beim Wettbewerb Modellgemeinde Landschaftspflege ausgewählt; ein besonderer Dank des Vorsitzenden galt hier Prof. Greve für seine persönlichen Leistungen in dieser Angelegenheit. Ferner wußte der Bürgermeister zu berichten, daß der Klärschlamm ab 1.1. 1983 zum Klärwerk nach Bülk abgefahren werden kann; es ist mit Kosten von etwa 30 DM/m^3 zu rechnen.

Einige Anfragen
lagen vor. Auf eine Anfrage der WG (diese hatte insgesamt vier vorgelegt) mußte der Bürgermeister mitteilen, daß das Land in den nächsten 3 Jahren nicht in der Lage sein wird einen Gehweg entlang der L 46 nach Landwehr zu bezuschussen; dies steht eindeutig in Widerspruch zu einer entsprechenden Zusage des damaligen Landtagsabgeordneten Hahn (CDU), des jetzigen Kreispräsidenten. Auf "politischen Wege" soll hier noch eine Korrektur erreicht werden.
Die Unterschlagung beim Amt kam auf grund zweier Anfragen der Gemeindevertreter Matte und Brandenburg erneut zur Sprache.

Unter Ergänzung
der Maßnahme "Schaffung einer Ortsentwässerung" wurde der Kreisentwicklungsplan zur Kenntnis genommen.

Lang und heiß
diskutiert wurde über die Erhöhung des Wassergeldes (von -,85 DM auf 1,10 DM). Die Gemeindevertretung hatte hierzu eine entsprechende Änderungssatzung zu beschließen. Gerade dieser "zugzwang" bereitete einigen Vertretern erhebliches Kopfzerbrechen; Prof. Greve riet, es hier doch auf einen Konflikt ankommen zu lassen. Auch wenn die CDU geschlossen für die Erhöhung votierte, war auch sie im Konflikt. Insbesondere das Zahlenwerk des Wasserbeschaffungsverbandes war für keinen der Gemeindevertreter verständlich; Gemeindevertreterin Matte, die emotionsgeladen agierte, plädierte für eine Verschiebung der Entscheidung.

Die Björn Steiger Stiftung e.V.
stellt Notrufmelder an Bundesstraßen und verbessert die Notfallhilfe. Sicher wollten Sie schon einmal eine helfende Spende überweisen! Hier ist die Kontonummer: Postscheck Stuttgart 24300-700. Vielen Dank! Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.

Zunächst sollte der Wasserbeschaffungsverband seinen "Wirtschaftsplan" verständlich erläutern. In diesem Zusammenhang ergänzte der leitende Verwaltungsbeamte Hansen, daß es auch dem Amt schwer gefallen sei, überhaupt Informationen zu erhalten. Klaus Stein, Mitglied im Vorstand des Wasserbeschaffungsverbandes wehrte sich gegen den Eindruck, der Verband handle "schlampig" (bei dieser "Informationspolitik" des Verbandes liegt ein solcher Schluß aber nicht allzu fern); er, wie auch der Vertreter unserer Gemeinde beim Verband, Hans Carstensen vermochte jedoch nicht das Zahlenwerk des Verbandes zu erläutern. Mit denkbar knapper Mehrheit (5 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung) wurde die Wasserpreiserhöhung akzeptiert.

Der Haushalt 1984
unserer Gemeinde wurde demgegenüber einstimmig verabschiedet. Hier gab es keine Schwierigkeiten beim Verständnis des Zahlenwerkes (was ausdrücklich betont wurde - verbunden mit einem entsprechenden Dank an die Verwaltung).

Wilhelm Radbruch
wird nach der Umgemeindung auch im Ortsteil Altwittenbek im Auftrage der Gemeinde den Schneeräum- und Streudienst im neuen Gemeindegebiet übernehmen.

Obwohl
es sicherlich statistisch sehr interessant gewesen wäre, entschloß sich die Gemeinde - auch nach der Eingemeindung - für die anstehende Kommunalwahl (11. oder 18.3. 1984) lediglich einen Stimmbezirk zu bilden; Wahllokal wird wieder die Schule sein. Der Wahlvorstand wurde bestimmt.

Die Gemeinde
verzichtete einstimmig auf Rechtsmittel gegen die Erlasse des Innenministers betr. die Umgemeindung.

Was gibt's Neues?

UMGEMEINDUNG ALTWITTENBEK

Ein jahrzehntelanger Streit ist beendet. Die bisherigen Felmer Ortsteile Altwittenbek, Fahrenhorst und Levensau werden ab 1. Januar 1984 nunmehr zu unserer Gemeinde gehören.
An dieser Stelle wollen wir unsere neuen Mitbürger recht herzlich begrüßen (das 'Dorf-Geflüster' wird von dieser Ausgabe an regelmäßig auch in den neuen Ortsteilen erscheinen). Es ist vorgesehen, daß ein gegenseitiges Begrüßen an der alten Gemeindegrenze (an der Landesstraße in der Nähe des Charlottenhofes) am Vormittag des Neujahrstages erfolgen soll. Bislang vorgesehener Zeitpunkt: 10.30 Uhr. Alle sind dazu eingeladen (auch wenn der Kater der Silvesternacht noch maunzt).

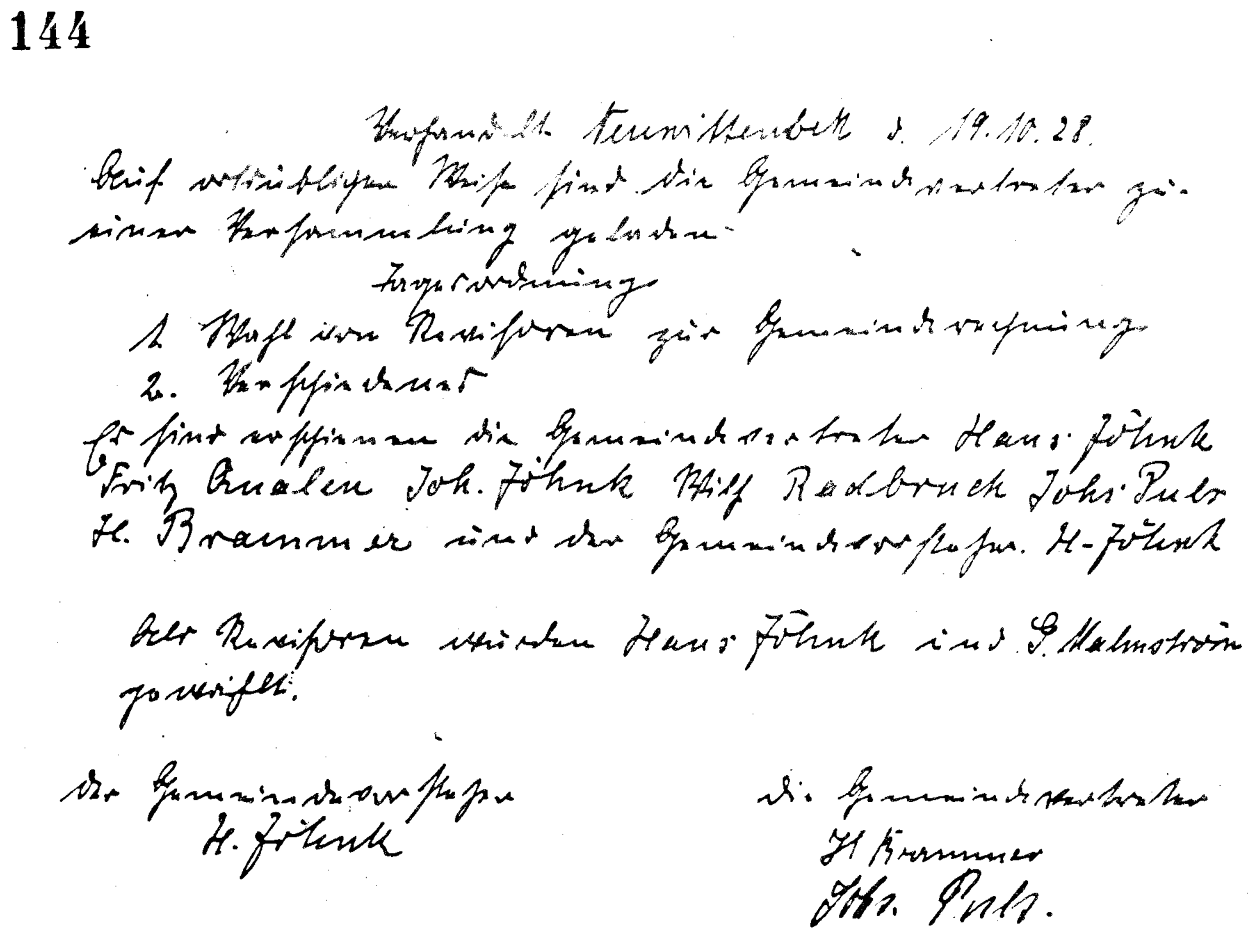
Aus unserer Geschichte ...

ALTE RATS-PROTOKOLLE

Seit dem Jahre 1911 liegen Sitzungsniederschriften über Neuwittenbeker Gemeinderatssitzungen vor (Neuwittenbek wurde 1876 selbständige Gemeinde). Gesammelt sind diese - handschriftlichen - Protokolle in einem Buch: "Verhandlungs-Protokoll der Gemeinde Neuwittenbek. Angefangen d. 20. Februar 1911".

Ein wenig wollen wir in diesem Buche blättern. Dabei fällt das Lesen schwer. Fast alle Eintragungen sind in deutscher Schrift gefertigt, nur wenige - in der heute gebräuchlichen - lateinischen Schrift.

Das Buch enthält 285 Seiten. Fast auf jedem Blatt befindet sich eine Niederschrift (zum Vergleich: heute gibt es kaum Sitzungsniederschriften der Neuwittenbeker Vertretung, die weniger als 10 Seiten umfassen). So wird denn deutlich, daß allein das Wesentlichste damals festgehalten wurde. Um dies aufzuzeigen, wollen wir beispielhaft auf die Niederschrift vom 19. Oktober 1928 hinweisen:


144

Verhandelt Neuwittenbek d. 19.10.28.
[illegible] sind die Gemeindevertreter zu einer Versammlung geladen.
Tagesordnung
1. Wahl von Revisoren zur Gemeinderechnung
2. Verschiedenes
Es sind erschienen die Gemeindevertreter Hans Jöhnk Fritz [illegible] Joh. Jöhnk Wilh Radbruch Johs Puls H. Brammer und der Gemeindevorsteher H. Jöhnk

Als Revisoren wurden Hans Jöhnk und [illegible] Malmström gewählt.

Der Gemeindevorsteher H. Jöhnk

Die Gemeindevertreter H Brammer Joh. Puls.

Bei dieser - zugegebenermaßen ausgewählt kurzen - Niederschrift wird allein ein Satz über den Inhalt der Beratungen festgehalten. Alles Andere sind Formalien (, die übrigens in fast gleicher Art auch heute noch in den Sitzungsprotokollen enthalten sind).

-wird fortgesetzt -

CDU-Mehrheit streicht

Sozialkürzung

von Jürgen Baasch*

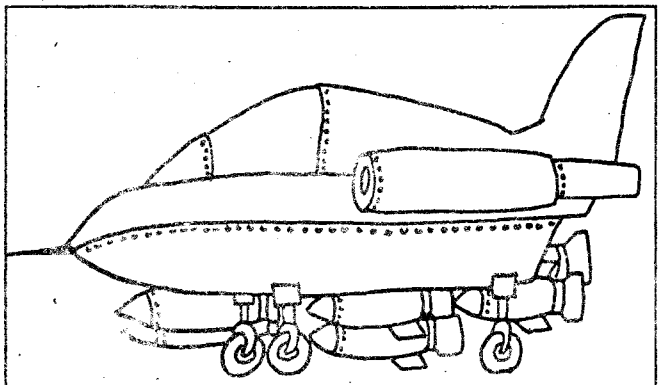
In den fetten Jahren haben sie alle hochgelobt: die Maßnahmen, die die Wohlfahrtsverbände - unterstützt durch Mittel des Kreises im Rahmen der Altenhilfe nach § 75 BSHG - durchführten. Damit ließ sich gut Politik machen vor Veranstaltungen, an denen ältere Mitbürger teilnahmen. Besonders die CDU-Bürgermeister der kleinen Landgemeinden haben den Bogen raus: sie lassen sich ihre Jubelveranstaltungen auch noch vom Kreis bezahlen. Und daß das so bleiben kann, dafür sorgt die Änderung der Richtlinien, nach denen die Altenhilfemaßnahmen in Zukunft bezahlt werden sollen. Denn diese Änderung ist so gefaßt, daß nur die Wohlfahrtsverbände und ihre Veranstaltungen darunter leiden - die Bürgermeister in den Dörfern dürfen sich weiterhin ein- oder zweimal im Jahr auf Kosten des Kreises bejubeln assen.

Daß das eigentlich nicht der Sinn von Maßnahmen der Altenhilfe ist, versuchte der SPD-Kreistagsabgeordnete Wulf-Dieter Stark-Wulf aus Gettorf in einer Sitzung des Kreistages der dortigen Mehrheit klarzumachen. Er wies darauf hin, daß die älteren Mitbürger durch die Kaffeeveranstaltungen und die kulturellen Unternehmungen der Wohlfahrtsverbände nicht nur die Möglichkeit erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen, sondern daß hierdurch auch die Möglichkeit besteht, aus den Gesprächen mit älteren Mitbürgern die ambulanten sozialen Dienste voll zur Entfaltung zu bringen. Wie oft werden mobile soziale Hilfsdienste, Fußpflegedienste, Hauspflegeeinsatz und ähnliche ambulante Maßnahmen aufgrund von Gesprächen eingesetzt, die anläßlich von Kaffeenachmittagen geführt wurden. Wenn man jetzt noch bedenkt, daß der alle befriedigende Zustand durch eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 10.000 DM erreicht werden könnte, dann kann man bei der CDU-Entscheidung sicher nur von einem trotzigen Sparen um jeden Preis sprechen. Denn in der Kreistagssitzung, in der sie diese Erhöhung verhinderte, wußte ihr Landrat stolz zu berichten, daß die freie Finanzspitze des Kreises von 13,2 % auf 17,7 % sich verbessere. Das ist eine Verbesserung von ca. 4 Millionen DM!

* Jürgen Baasch, SPD-Kreistagsabgeordneter, ist zugleich Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreise Rendsburg-Eckernförde. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehören die Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz, das Evangelische Hilfswerk, der Caritasverband und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband an.

Sozialdemokraten sagen Nein
zur Fortsetzung des Rüstungswahnsinns.
Sozialdemokraten sagen Ja
zu einer neuen europäischen Friedenspolitik.

SPD



contra Vorwärts

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unerhörte Neuforderungen des Militäretats für die nächste Session zu erwarten sind. Trotz dieser Last, die uns zu Boden drückt, herrscht der Militarismus mehr und immer mehr, und die bürgerlichen Parteien des Reichstages werden ja und amen dazu sagen. (Vorwärts, 13. 4. 1892)

Arbeiter Berlins! Protestiert in Massen gegen den Rüstungswahnwitz! (Schlagzeile des Vorwärts am 25. 4. 1912)

Umstritten ist der **Vorwärts**, solange es ihn gibt. Seit 1876. Bismarck ließ ihn verbieten. Im Dritten Reich durfte er nicht erscheinen. Aber in der Emigration lebte er weiter.
Der **Vorwärts** lebt immer noch. Ganz schön munter. Unbequem. Gegen den Zeitgeist. Als Wochenzeitung für die soziale Demokratie.
Deshalb ist der **Vorwärts** gern von gestern. Zum Beispiel, wenn es um die Rüstung geht. Da ist er contra. Wie vor 90 Jahren, wie vor 70 Jahren. Wenn's sein muß auch unbelehrbar. Und störend.

Der Schein zum Bestellen:

Ja! Ich bestelle den **Vorwärts**. Zum monatlichen Bezugspreis von 8,50 Mark. Lehrlinge, Schüler und Studenten 5,95 Mark.

Als Geschenk bekomme ich die im Oktober neu erscheinende „Kleine Geschichte der SPD" von Susanne Miller und Heinrich Potthoff. 416 Seiten — mit vielen Dokumenten. Ladenpreis 19,80 Mark.

Name

Anschrift

Datum, Unterschrift

Ich bin berechtigt, innerhalb einer Woche die Bestellung ohne Angabe von Gründen zu widerrufen. Die Frist ist durch rechtzeitige Absendung gewahrt.

SM 1083

Vorwärts, Postfach 20 09 10, 5300 Bonn 2

Rowohlt Lesebücher

Das dicke Lesevergnügen

Seit Monaten auf den Bestsellerlisten!

Umwelt & Energie

Umweltschutz ins Grundgesetz

Die Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder hat sich Anfang Oktober in Irsee bei Kaufbeuren mit dem Waldsterben befaßt. In einer Entschließung zur Umweltpolitik hielten die SPD-Parlamentarier fest, daß die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung nicht ausreichen. Sie forderten daher ein Schadstoffabgabegesetz nach dem Vorbild des „sehr bewährten" Abwasserabgabengesetzes sowie die raschestmögliche Einführung des unverbleiten Benzins – auch wenn nicht alle europäischen Partnerländer mitziehen sollten. Zum Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen verlangten sie das Verbot von 2,4,5-T-haltigen Unkrautvernichtungsmitteln, die als Verunreinigung das „Seveso-Gift" Dioxin enthalten, und ein Verwendungsverbot für polychlorierte Biphenyle (PCB), die unter anderem als Kühlmittel in Transformatoren Verwendung finden. Schließlich sollte nach Meinung der SPD der Umweltschutz „ebenso wie Arbeit und Kultur als Ziel staatlichen Handelns" in der Verfassung verankert werden. SM

Vertragen statt rüsten **SPD**

Zurück zur Natur

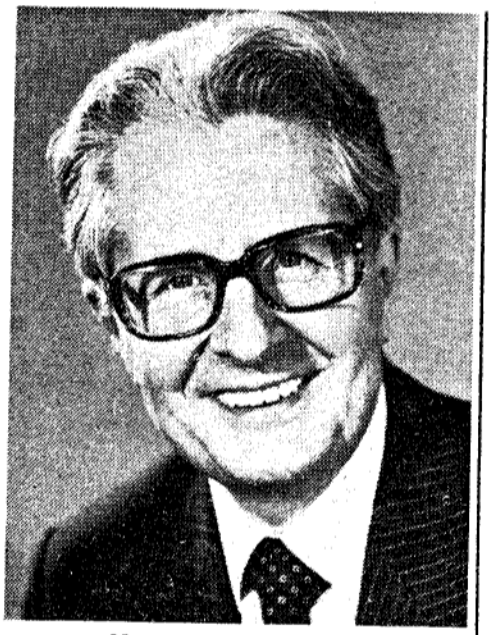
Eigentlich mochte keiner mehr so recht daran glauben; aber es wurde wahr: Neuwittenbek ist Modellgemeinde Landschaftspflege. Das bedeutet, daß eine Vielzahl von landschaftspflegerischen Maßnahmen (Gestaltung von Biotopen etc) verwirklicht werden kann - zum Großteil finanziert vom Land. Insgesamt 46 der sich bewerbenden Gemeinden waren in die engere Wahl gekommen; davon wurden zehn ausgewählt, die konkretere Vorschläge einzureichen hatten. Es blieben schließlich zehn Kommunen übrig, die nunmehr gefördert werden. Dazu gehört auch Neuwittenbek - als einzige Gemeinde aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde.

Morgen den Aufschwung wählen!

Dieser Kanzler schafft Vertrau

Aufwärts Deutschl

CDU



Hans-Jochen Vogel.

Fahren ohne Gurt?

[redacted]

Ausgerechnet dort, wo es am meisten kracht, gibt es die meisten Gurtmuffel: im Stadtverkehr. Hier hatten nach Beobachtungen der Bundesanstalt für Straßenwesen im Frühjahr 1983 nur 44 Prozent aller Autofahrer den Sicherheitsgurt angelegt. 56 Prozent sind offenbar der Meinung, daß ihnen auf den kurzen Strecken mit relativ geringer Geschwindigkeit nur wenig passieren kann. Doch die Unfallstatistik weiß es anders. Bezogen auf eine Milliarde gefahrene Kilometer, werden innerhalb von Ortschaften rund 3.000 Verkehrsteilnehmer bei Unfällen verletzt oder getötet, dreimal soviel wie auf Landstraße und zehnmal soviel wie auf Autobahnen. Diese Tatsachen will eine Aktion der deutschen Automobilindustrie in Zusammenarbeit mit dem Verkehrssicherheitsrat ins Bewußtsein rücken. Ziel ist es, die Autofahrer auch bei Fahrten innerhalb von Ortschaften dazu zu bringen, den Gurt anzulegen. Wenn sich alle Pkw-Insassen auf den Vordersitzen angurten würden, dann könnten jährlich mehr als 2.000 Menschen vor tödlichen Verletzungen bewahrt werden.

Der Kommentar:

Ein Jahr der uneingelösten Versprechungen

von Hans-Jochen Vogel

Ein Jahr CDU-Kanzlerschaft – das bedeutet: Ein Jahr der uneingelösten Versprechungen, ein Jahr des Vorsichherschiebens von Problemen, kurz: Ein Jahr der Enttäuschungen. CDU/CSU und FDP mögen über die vergangenen 365 Tage behaupten, was sie wollen, die Tatsachen lauten unverändert:

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem 1. Oktober 1982 um nahezu 400.000 auf 2,2 Millionen Menschen angestiegen und steigt vor allem bei Frauen weiter. Über 200.000 Jugendliche sind ohne Arbeitsplatz. Zigtausende junger Menschen sind ohne Ausbildungsplatz. All das sind amtliche Zahlen. Die Zinsen steigen. Die Zahl der Pleiten war nie höher als seit Amtsübernahme der Regierung Kohl/Genscher. Der Wert der D-Mark ist gesunken – und zwar nicht nur im Verhältnis zum Dollar. Gleichzeitig haben unsere Exporteure Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt. Die Leistungsbilanz ist wieder negativ.

Vor seiner Amtsübernahme hat Helmut Kohl behauptet, das beste Wirtschaftsprogramm sei eine CDU-Regierung. Vor der Bundestagswahl hat er den Aufschwung versprochen. Er hat jedem jungen Menschen eine Lehrstelle garantiert. Diese Versprechungen waren leichtfertigt. Er hat sie nicht halten können und, da er das wußte, hat er viele Menschen getäuscht.

In Bonn haben 130.000 Arbeiter aus der Metallindustrie gegen die Politik der Regierung demonstriert. In Hamburg und Bremen haben Arbeiter ihre Werften besetzt, weil sie an dieser Regierung verzweifeln. Diese Aktionen sind nur ein erstes Flackern. Sie können schnell in einen offenen Brand umschlagen, wenn die Regierung Kohl noch länger in ihrem Nichtstun verharrt.

Und wie steht es in der Außenpolitik? – Die Bundesrepublik ist das exponierteste Stationierungsland. Sie und die DDR würden bei jedem atomaren Konflikt innerhalb kürzester Zeit in eine Wüste verwandelt. Gerade aus diesem Wissen heraus hat die frühere Regierung Schmidt Druck auf die beiden Supermächte ausgeübt, damit es in Genf zu einer Verständigung kommt und die Stationierung neuer Atomraketen auf deutschem Boden überflüssig wird. Jedermann weiß, daß dies dem Willen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes entspricht.

Die Regierung Kohl hat den Druck von den Genfer Verhandlungen genommen. Sie tut nichts, die deutschen (und europäischen) Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Sie versteckt sich hinter allgemeinen Redensarten, anstatt unseren Bündnispartner Amerika zu drängen, die britischen und französischen Raketen in den Genfer Verhandlungen zu brücksichtigen. Dies wäre eine realistische Haltung, der inzwischen auch US-Vizepräsidenten Bush zuneigt. Hier liegt der Schlüssel, um die Tür zur Verständigung weit aufzustoßen.

In der Deutschlandpolitik ist an die Stelle des geduldigen, zähen, vor allem aber geräuscharmen Wirkens früherer Regierungen lärmende Geschwätzigkeit getreten. Was den Menschen in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Zwangsumtausch oder den Selbstschußanlagen an der DDR-Grenze von Herrn Strauß an eitler Selbstdarstellung und seitens der Bundesregierung an Desinformation zugemutet wurde, war schlechthin verantwortungslos.

Kurzum: Ein Jahr „Wende", das sind 12 Monate, die für die Zukunft nichts Gutes erwarten lassen für unser Land und für die Menschen, die in ihm leben.

Europawahl am 17. Juni 1984

Der EG-Ministerrat hatte - wir berichteten - als Termin für die nächste Europawahl den Zeitraum zwischen dem 14. und 17. Juni 1984 vorgegeben.

Nunmehr hat die Bundesregierung den 17. Juni 1984 als Wahltag bestimmt. Gleichzeitig forderte die Bundesregierung die Wähler auf, stärker als 1979 zu den Wahlurnen zu gehen; damals gab es lediglich eine Wahlbeteiligung von 65,7 Prozent.

Kandidaten

Bislang stammen lediglich zwei der 81 deutschen Europaabgeordneten aus Schleswig-Holstein: Karl-Uwe von Hassel (CDU) und Gerd Walter (SPD). Mit relativ hoher Wahlbeteiligung bei der nächsten Europawahl könnte ein weiterer Vertreter unseres Bundeslandes in das Europa-Parlament einziehen.

Abgeordneter für Europa: Gerd Walter

Während bei der SPD schon lange klar ist, daß Walter erneut Spitzenkandidat sein wird, hat die CDU ihre Schwierigkeiten. Zunächst wollte von Hassel nicht erneut kandidieren, dann wollte er doch (wenn ihn jemand vorschlägt). Demgegenüber schlug der CDU-Landesvorstand MdL Späth vor. Nominiert wurde schließlich Leopold Späth.

Katharina Focke
Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahlen

„Als Europaabgeordnete arbeite ich mit anderen Kollegen dafür, daß die Europäische Gemeinschaft zu mehr Frieden in der Welt beiträgt. Wir wollen, daß der Nord-Süd-Konflikt nicht vom Ost-West-Konflikt mißbraucht wird und das Geld nicht für Agrarüberschüsse vergeudet, sondern wesentlich mehr Geld für die Bekämpfung des Hungers in der Welt aufgebracht wird, daß eine europäische Konvention zum Stopp des Rüstungsexports in Entwicklungsländer führt."

Feuerwehr 112 ● Notruf 110

Bleifreies Benzin ab 1985

Die Europapolitiker nehmen zur Zeit einen neuen Anlauf zur Bekämpfung des Sauren Regens. Am weitesten fortgeschritten ist die Neufassung der EG-Rechtsvorschriften über den Bleigehalt des Benzins. Nach der noch gültigen Bestimmung aus 1978 ist den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft lediglich vorgeschrieben, den Bleigehalt zwischen o,4 und o,15 Gramm pro Liter zu halten. Die Deutschen haben jetzt für die von ihnen gewünschte Nullösung Schützenhilfe des Europäischen Parlaments erhalten, die bleifreies Benzin ab 1985 fordert.

Die EG-Kommission ist allerdings skeptisch, ob da die Italiener und Franzosen mitmachen. Immerhin - die Weichen für eine solche Entscheidung in der nächsten Zeit sind gestellt. Das letzte Wort hat jetzt - wie immer in der EG - der Ministerrat.

Mit dieser Maßnahme wäre ein wichtiger Schritt getan, um Mensch und Umwelt vor Bleibelastung zu schützen. Darüber hinaus würde damit die technische Voraussetzung geschaffen, um Kraftfahrzeuge mit Katalysatoren auszurüsten, die eine Reihe sonstiger Schadstoffe aus den Autoabgasen herausfiltern.

Dem Auto als einer der Hauptursachen des Sauren Regens scheint also beizukommen sein - notfalls sorgt dann die Ankündigung eines nationalen Alleingangs für den notwendigen Druck der EG.

Gerd Walter, MdEP

In der Pressewüste

Die Idee entstand in den Köpfen einiger Kieler Bürger nach der Landtagswahl 1979, bei der die CDU wieder einmal gesiegt hatte – nicht ohne tatkräftige Hilfe durch die konservative Tageszeitung am Ort. Die Pressewüste muß belebt werden, lautete die Konsequenz, und inzwischen lebt nicht nur die „Kieler Rundschau", sondern auch in Hamburg und Karlsruhe gibt es Nachfolgeprojekte dieser ersten „liberalen bis linken" Wochenzeitung. Weitere Initiativen gründeten sich inzwischen auch in einigen anderen Orten der Bundesrepublik, in denen bislang nur eine Zeitung oder – wie in Hamburg – der Springer-Verlag das Meinungsmonopol halten.

Die Grundidee ist einfach: Meinungsvielfalt dort herstellen, wo nur eine - zumeist konservative - Tageszeitung der Markt beherrscht. Zu diesem Zweck gründete sich 1979 in Kiel die 'Initiative für Pressevielfalt e.V.'. Deren Mitglieder waren es leid, über das Meinungseinerlei zu klagen. Sie wollten Abhilfe schaffen.

Ein Jahr später war das Startkapital beisammen - zu wenig wie sich später herausstellte. Trotzdem erschienen von Oktober bis Dezember 80 die Nullnummern der neuen „Kieler Rundschau". Die gleich zu Beginn festgelegte politische Grundhaltung und Zielsetzung der Zeitung ist noch heute Kern des Redaktionsstatuts:

„Die ‚Kieler Rundschau' ist eine politisch engagierte, von Parteien, Wirtschaftsverbänden und anderen Interessengruppen unabhängige Zeitung, die Leser informieren und unterhalten will. Mit der ‚Kieler Rundschau' ist die Absicht verbunden, für mehr Meinungsvielfalt in Schleswig-Holstein Sorge zu tragen. Neben der aktuellen Berichterstattung bemüht sie sich um Bürgernähe, alternative Ideen und Minderheiten. Die Redaktion der ‚Kieler Rundschau' bekennt sich zu fortschrittlichen und demokratischen Grundsätzen. Sie ist bemüht, ein breites liberales bis linkes Meinungsspektrum zu repräsentieren."

Seit dem 15. Januar 1981 erscheint die „Kieler Rundschau" regelmäßig, zumeist mit zwanzig Seiten. Erst kürzlich galt es ein Jubiläum zu feiern.

Wiederholt war die Zeitung akut gefährdet. Das Stammkapital der GmbH war schnell verbraucht. Trotzdem gelang es den Gesellschaftern und Kommanditisten - inzwischen fast

Drei „Rundschau"-Projekte: Alternativen zur konservativen Presselandschaft

300 - ausreichend Kapital nachzuschießen. Kein Kommanditist hält mehr als 3000 DM; die meisten Eigentümer sind nur mit Anteilen von 500 DM beteiligt. Außer Kiels OB Luckardt ist kaum politische Prominenz vertreten.

Die Projekte "Hamburger Rundschau" und "Karlsruher Rundschau" sind dem Kieler nicht nur nachempfunden; es besteht regelmäßiger Kontakt untereinander, der sich auch in redaktioneller Zusammenarbeit ausdrückt.

Die Erfahrungen in Kiel, Hamburg und Karlsruhe können durchaus Mut machen, auch andernorts das regionale Meinungsmonopol aufzubrechen.

SM-Bra

LRS - Training

Hinter diesem Kürzel verbirgt sich eine Förderung von Kindern mit Lese- und Rechtschreib-Schwäche. Die LRS-Training e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich der Förderung sogenannter "Legastheniker" angenommen hat. Neben Förderkursen in Kiel möchte der Verein auch in Gettorf Eltern von Zweitklässlern Hilfe anbieten. Die Kurse finden im DRK-Haus in Gettorf statt.

Anfragen und Anmeldungen nimmt der Verein unter der Telefonnummer 0431 - 561 561 entgegen.

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr

wünscht Ihnen Ihre

SPD
FELM

Ein glückliches und erfolgreiches Jahr
wünscht Ihnen Ihre

Sozialdemokratische Kommunalfraktion
in der Gemeindevertretung Neuwittenbek

EIN FROHES WEIHNACHTSFEST UND EIN GUTES NEUES JAHR

Ortsverein Neuwittenbek
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger!

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß man nur im unmittelbaren Gespräch mit dem Bürger die wertvollen Hinweise und Anregungen erhält, um erfolgreich in der Kommunalpolitik arbeiten zu können. In diesem Sinne steht Ihnen und Ihrem persönlichen Anliegen auch im nächsten Jahr gern zur Verfügung

Ihre

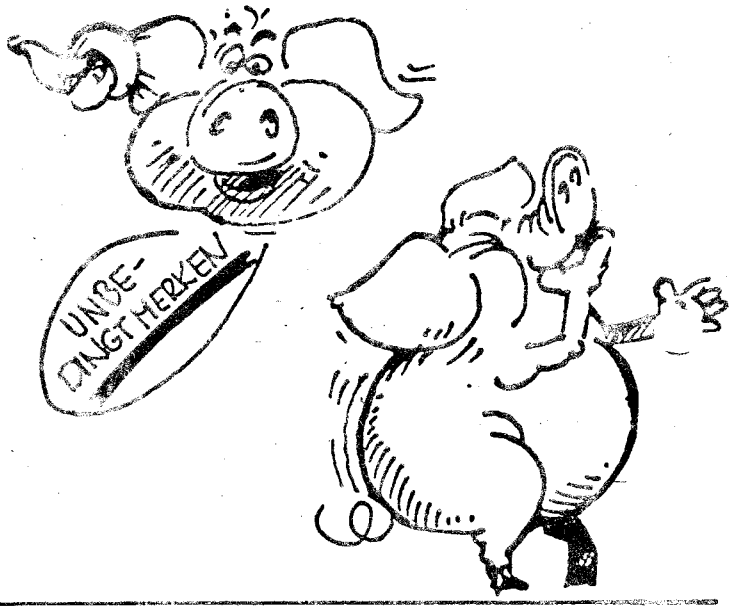
SPD Neuwittenbek

Frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr wünscht allen SPD-Mitgliedern

der Vorstand der SPD Neuwittenbek

---

31. 12. Silvester



Nun bleibt uns nur noch eines zu sagen:
Redaktion und Herausgeber des
Neuwittenbeker Dorf-Geflüster
wünschen allen Lesern

viel Erfolg für 1984